



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden
Des Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 13.03.2012

AN/0399/2012

Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------|--------------------------|
| Rat | 27.03.2012 |

Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN e.V. im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen:

Der Rat spricht sich deutlich gegen ein Luftdrehkreuz der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn aus und fordert den Oberbürgermeister auf, sich bei Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière dafür einzusetzen, dass auf eine Verlagerung der kanadischen Militärflugstaffel aus der Eifel auf den Köln-Bonner Flughafen verzichtet wird.

Der Oberbürgermeister soll des Weiteren mit der Flughafenleitung und allen Anteilseignern des Konrad-Adenauer-Flughafens alle Möglichkeiten nutzen, damit die Situation durch Fluglärm für die Anwohner nicht noch weiter verschärft wird.

Zur Begründung:

Wie zu erfahren war, hat der Bundesverteidigungsminister im Einverständnis mit der kanadischen Regierung der Luftwaffe angeboten, eine Jagdfliegerstaffel auf den Köln-Bonner-Flughafen zu verlagern. Sowohl die Geschäftsleitung, als auch alle Umlandkommunen sind gegen diese Verlagerung, weil sie in gravierender Art und Weise den Lärmpegel insbesondere in den Nachtstunden enorm erhöhen würde. Die Konflikte mit den Anwohnern und sich daraus gegebenenfalls ableitenden wirtschaftlichen Konsequenzen für den Flughafen hätten schwerwiegende Auswirkungen. Der Rat der Stadt Köln sollte alles unternehmen, um die Anwohner vor einer weiteren gravierenden Lärmbelästigung zu

schützen. Die Aufgabe der kanadischen Luftwaffe kann auch in dünn besiedelten Landesteilen ausgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Uckermann